

Michael Sturm

Neues deutsches Selbstbewusstsein: Vergangenheit bewältigen und umwerten

I. „So viel Hitler war nie“ – Ein Rückblick auf das Supergedenkjahr 2005

Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am 10. Mai vor rund 1500 geladenen Gästen das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin eröffnete, war dies zweifellos der im Vorfeld der Veranstaltung mit unterschiedlichsten Erwartungen aufgeladene Höhepunkt des so genannten Supergedenkjahres 2005. Genau genommen hatte der Gedenkmarathon bereits im Jahr zuvor begonnen und zog sich über die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Days, an denen mit Gerhard Schröder erstmals ein deutscher Bundeskanzler teilnahm, über den 20. Juli 2004, den Auschwitzgedenktag am 27. Januar 2005, das deutsche Opfergedenken in Dresden im Februar hin zum „Tag der Demokratie“, der am 8. Mai im Beisein des gesamten politischen Establishments vor dem Brandenburger Tor begangen wurde.

Begleitet wurde der Gedenkmarathon von einem beispiellosen medialen Feuerwerk. Buchpublikationen, Serien in den großen Tageszeitungen, Sonderhefte etc. Dazu live-Übertragungen von den großen Gedenkveranstaltungen sowie Fernsehdokumentationen, Dokudramen („Speer und er“) und Spielfilme – der prominenteste war zweifellos Bernd Eichingers „Der Untergang“ – die das Ende des „Dritten Reichs“ zum Thema machten. Der Historiker Norbert Frei hat diese Entwicklung mit den Worten „*Soviel Hitler war nie*“¹ umschrieben. Harald Schmidt hat wiederum die Behauptung aufgestellt, dass Hitler hinsichtlich seiner medialen Präsenz noch nie so erfolgreich war, wie heute.²

Wie dem auch sei: Mit Blick auf das Gedenkjahr 2005 ist zweierlei festzustellen: Zum einen hat sich mittlerweile der Begriff der „Befreiung“ im Zusammenhang mit der bedingungslosen

¹ Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 7.

² Vgl. SZ vom 30.04.2005

Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 durchgesetzt. Eine Feststellung, an der bereits vor 10 Jahren (50. Jahrestag des Kriegsendes 1995) rechtskonservative Vorstöße und neurechte Bestrebungen an den rechten Rändern von Union und FDP nichts mehr ändern konnten. Im vergangenen Jahr blieben, sieht man von wenig einflussreichen Vorstößen der neonazistischen Rechten ab („Schluss mit dem Schuldskult“), Versuche aus dem „etablierten“ politischen Spektrum, den 8. Mai als „Niederlage“ zu deuten vollkommen aus.

Zum anderen haben sich die schon seit Jahren bzw. seit Jahrzehnten geäußerten Hoffnungen oder Befürchtungen, es werde in absehbarer Zeit einen Schlusstrich unter die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit geben, auch 60 Jahre nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ nicht bestätigt.

Dennoch besteht aus linker oder antifaschistischer vor allem aber aus Perspektive der Opfer des Nationalsozialismus und deren Angehörigen kein Grund zur Entwarnung: Allein die Tatsache, dass der Nationalsozialismus allenthalben medial, publizistisch oder in Politikerreden erörtert wird, bedeutet erstmal gar nichts.³ Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus, an dessen Verbrechen und dessen Opfer hat offenkundig ihre anstößige, provozierende Wirkung verloren. So stellt etwa der Historiker Ulrich Herbert fest, dass die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime zur „*kleinen Münze im Alltagsgeschäft*“ geworden sei, gewissermaßen zum „*jederzeit und von jedermann einsetzbaren Gebrauchsartikel*“, die aus dem NS-Thema resultierende Herausforderung, so Herbert, würde somit einfach „*weggequatscht*“ werden, ganz nach dem Motto: „*Viel Meinung, keine Ahnung.*“⁴

Grundsätzlich ist festzustellen: Die mit der NS-Zeit verknüpften Erinnerungskulturen sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in globaler Perspektive derzeit von einschneidenden Umbrüchen und Paradigmenwechseln gekennzeichnet. Die von antifaschistischer Seite vorgebrachte Feststellung, derzeit finde eine Verlagerung der Erinnerung statt, hin zu den eigenen, den deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges, ist zwar nicht falsch, aber oftmals auch ein Allgemeinplatz mit nur geringem analytischem Gehalt. Zum einen wird diese Warnung seit Jahrzehnten regelmäßig vorgetragen, zum anderen könnte diese pauschale Behauptung unfreiwillig dazu beitragen, den Mythos zu stützen, es habe in den geschichtspolitischen Diskursen der Bundesrepublik jemals eine Tabuisierung der deutschen Opfer gegeben. Dies war freilich zu keinem Zeitpunkt der Fall.

³ Vgl. Volkhard Knigge, *Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland*, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Völkermord und Holocaust*, Bonn 2005, S. 443-460, hier S. 446.

⁴ Vgl. Ulrich Herbert, „Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens“. *Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Entschädigung von Zwangsarbeitern*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2000, S. 555-568, hier S. 565f.

Die jeweiligen geschichtspolitischen Argumentationsmuster sowie die Motive ihrer Protagonisten, aber auch die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind demnach genauer in den Blick zu nehmen. So verfolgten Ernst Nolte und seine Anhänger während des „Historikerstreits“ 1986/1987, also vor fast genau 20 Jahren, im Kern ähnliche geschichtspolitische Ziele, wie gegenwärtig etwa Jörg Friedrich mit seinem Bombenkriegsepos⁵ oder der bis zur Bundestagswahl 2005 amtierende kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Günther Nooke mit seinen Gedenkstättenkonzepten zur „Diktaturgeschichte“ in Deutschland.⁶ Die historisch-politischen Kontexte, die biografischen Hintergründe, nicht zuletzt die gesellschaftlichen Resonanzen und somit die Erfolgsaussichten dieser Vorstöße sind jedoch zum Teil höchst unterschiedlich – was allerdings nicht ausschließt, dass sich die verschiedenen geschichtsrevisionistischen Ansätze und Argumentationsmuster nicht doch ergänzen können.

Die Feststellung, dass Erinnerungskulturen nicht von oben herab dekretiert werden, sondern vielmehr in einem gesellschaftlichen Kräftefeld entstehen, in dem sich unterschiedliche Akteure bewegen, muss wiederum Auswirkungen auf notwendige linke bzw. antifaschistische Gegenstrategien haben. Mit martialischen Parolen wie „*Geschichtsrevisionismus bekämpfen*“ oder „*deutsche Opfermythen angreifen*“ werden wir dem sich gegenwärtig vollziehenden „erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel“ (Norbert Frei) und den damit verknüpften Umbrüchen in den Erinnerungskulturen kaum etwas entgegen zu setzen haben. Doch worin soll dieses „*etwas*“ bestehen? Wie können und wie sollen wir als antifaschistische Linke die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit führen und die Erinnerung an die Opfer der präzedenzlosen Verbrechen wach halten? Darüber wird zu sprechen sein.

In meinem Beitrag will ich versuchen, auf 3 Aspekte näher einzugehen:

- 1) möchte ich die Intentionen und Argumentationsmuster der geschichtspolitischen Diskurse, Inszenierungen und Rituale zu skizzieren, die in der Bundesrepublik für den Gedenkmarathon der letzten zwölf Monate kennzeichnend waren. Dieser Rückblick stellt zugleich eine Bilanz der Geschichtspolitik unter rot-grüner Hegemonie in den Jahren zwischen 1998 und 2005 dar, die sich in mehrfacher Hinsicht von den geschichtspolitischen Leitmotiven der Kohl-Ära abhob. In diesem Teil wird es auch

⁵ Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, Berlin 2002.

⁶ Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/3048, Antrag: Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen.

darum gehen, mit welchen Argumentationsmustern sich die neuen deutschen Opferdiskurse – gerade unter rot-grüner Hegemonie etablieren konnten.

- 2) Daran anschließend werde ich auf die künftige Entwicklung der Erinnerungskulturen in der Bundesrepublik eingehen, die, so steht zu befürchten, tatsächlich von einer Entkonkretisierung der NS-Vergangenheit unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen geprägt sein werden. Erste unerfreuliche Konturen sind schon jetzt, etwa in der sächsischen Gedenkstättenpolitik (aber nicht nur dort) zu erkennen und werden in den nächsten Jahren deutlicher als bisher Gestalt annehmen.
- 3) Möchte ich abschließend einige Thesen zur Diskussion stellen, wie wir als Linke und Antifaschisten auf diese zweifellos düsteren geschichtspolitischen Entwicklungen werden reagieren können. In diesem Kontext wird kritisch zu bilanzieren sein, mit welchen Motiven, vor allem aber auch welchen blinden Flecken und ideologischen Verengungen sich die Linke in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzte.

II. „Generationswechsel“ – Erinnerungspolitik unter rot-grüner Hegemonie

In seiner ersten Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel auch ein *„Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen habe.“* Der Kanzler reklamierte für die Bundesrepublik *„das Bewusstsein einer Nation, die sich niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.“*⁷ Tatsächlich sind seit dem Ende der 1990er Jahre im Hinblick auf die (offizielle) Geschichtspolitik der Bundesrepublik einschneidende Paradigmenwechsel im Vergleich zu Kohl-Ära festzustellen, die nicht zuletzt ihre Ursache in nachhaltigen generationellen Umbrüchen haben. Doch davon später mehr. Zunächst möchte ich, um die erinnerungskulturelle Ausgangssituation am Ende der 1990er Jahre zu skizzieren, kurz auf die geschichtspolitischen Vorstöße in den 16 Jahren der Regierung Kohl eingehen.

Der Machtantritt der CDU/CSU/FDP-Koalition im Herbst 1982 spiegelte auf politischer Ebene eine sich seit Mitte der 1970er Jahre vollziehende gesellschaftliche konservative „Tendenzwende“ wider. Diese fand ihren Ausdruck nicht zuletzt in der zunehmenden

⁷ Zitiert nach: Cornelia Siebeck: Inszenierung von Geschichte in der „Berliner Republik“. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: WerkstattGeschichte 33 (2002), S. 45-58, hier S. 50.

Bedeutung öffentlicher Diskurse, die um die Frage der nationalen Identität der Deutschen (gemeint waren zu diesem Zeitpunkt v.a. die Westdeutschen) kreisten. In großen Teilen der Bevölkerung setzte offenkundig eine Suche nach nationaler Selbstvergewisserung ein.⁸ Zu positiven Bezugspunkten avancierte hier nicht nur das „Erfolgsmodell Bundesrepublik“, sondern auch historische Epochen, die vor der Zeit des Nationalsozialismus lagen. Dieser Rekurs auf die deutschen „Wurzeln“, zeigt sich u.a. in einer Reihe gut besuchter historischer Ausstellungen, etwa über die „Staufer“ in Stuttgart (1977) oder die über die „Preußen“ in Berlin (1981). Bemerkenswert ist, das sei hier am Rande erwähnt, dass sich zur gleichen Zeit in der DDR ähnliche Entwicklungen vollzogen. Die Geschichtspolitik der DDR nahm während der 1980er Jahre positiven Bezug auf den Preußenkönig Friedrich II. oder Martin Luther, deren Vermächtnis angeblich im sozialistischen deutschen Staat weiterlebte.⁹

Die von Helmut Kohl unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundeskanzler vollmundig angekündigte „geistig-moralische Wende“ sollte sich, so hofften zumindest die Konservativen, auch ihren geschichtspolitischen Niederschlag finden und zu einem „normalisierten“ Umgang mit der NS-Vergangenheit führen. So reklamierte Kohl, der von Anfang an die Geschichtspolitik gewissermaßen zur Chefsache erklärt hatte, ganz in diesem Sinne anlässlich seines Israel-Besuchs im Jahr 1984 mit Blick auf die während der NS-Zeit begangenen Verbrechen für sich und den überwiegenden Teil der Deutschen eine „Gnade der späten Geburt“. Es folgte eine Reihe geschichtspolitischer Skandale, von denen die Bitburg-Affäre im Mai 1985 auf nationaler, vor allem aber auf internationaler Ebene die höchsten Wellen schlug.¹⁰

Die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu „entkonkretisieren“¹¹ und letztendlich zu historisieren, spiegelte sich jedoch nicht nur in der Geschichtspolitik der Kohl-Regierung wieder, sondern kam vor allem im „Historikerstreit“ 1986/1987 zum Ausdruck. Auslöser der äußerst emotional geführten Kontroverse war der Berliner Historiker Ernst Nolte, der mit seinen Thesen die Präzedenzlosigkeit des Holocaust bezweifelte, indem er die Frage aufwarf, ob nicht *„der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes‘ der Nationalsozialisten“* gewesen sei. Nolte bezeichnete den Holocaust als *„asiatische Tat“* und knüpfte daran die (wiederum in eine rhetorische Frage gekleidete)

⁸ Vgl. Martin Greiffenhagen, Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik, Hamburg 1975.

⁹ Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, bes. S. 129f.

¹⁰ Vgl. Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt/M. 1999, bes. S. 235-243.

¹¹ Vgl. Sabine Möller, Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1998.

Behauptung, der Archipel Gulag, also das riesige Lagersystem in der Sowjetunion, sei „ursprünglicher“ als Auschwitz gewesen.¹² Die Thesen Noltes wurden von einer Reihe konservativer Historiker und Publizisten aufgegriffen, die in ihren meist für die Feuilletons der großen Tageszeitungen verfassten Beiträgen ebenfalls die Bedeutung der Shoa relativierten und eine Historisierung des Nationalsozialismus forderten. Diese Vorstöße riefen massiven Widerspruch hervor, so dass sich Nolte mit seinen Auffassungen im öffentlichen Diskurs nicht durchsetzen konnte.¹³ In der Rückschau erwiesen sich die auf unterschiedlichen Ebenen von unterschiedlichen Akteuren vorangetriebenen Bemühungen, einen „Schlussstrich“ unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und somit eine „normalisierte“ deutsche Identität zu fundieren bis zum Ende der 1980er Jahre als nur bedingt erfolgreich.

Eine weitere Etappe der Bemühungen um „Normalität“ stellte zweifellos die Zeit nach den epochalen Umbrüchen der Jahre 1989/1990 dar. Mit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 war die bis dahin immer nur postulierte „Normalisierung“ zumindest auf völker- bzw. staatsrechtlicher Ebene erreicht worden. Begleitet von einer beispiellosen nationalistischen Welle, die sich in ihrer extremsten Form in zahllosen rassistischen Brandanschlägen, gewalttätigen Übergriffen und Mordaktionen zeigte (wie etwa in Mannheim-Schönau im Sommer 1992), wurden die geschichtspolitischen Vorstöße der 1980er Jahre unter nunmehr vollkommen veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wieder aufgegriffen. Vor allem drei Tendenzen waren zu beobachten:

1) Zahlreiche geschichtspolitische Projekte und Inszenierungen, nicht zuletzt in den neuen Bundesländern waren gekennzeichnet von einer unübersehbaren Tendenz zum Historismus. Zu Referenzpunkten eines zu schaffenden gesamtdeutschen Nationalbewusstseins avancierten zum Beginn der 1990er Jahre historische Symbole, Ereignisse und Figuren deutscher Geschichte aus vergangenen Jahrhunderten, auf deren identitätsstiftende Wirkung man hoffte. Zu nennen ist hier etwa der Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden oder die Diskussionen um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses.

2) erlebte im Zuge der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit die Totalitarismustheorie, die seit Mitte der 1960er Jahre als vorwiegend politische Legitimationsideologie des Kalten Krieges an Bedeutung verloren hatte eine Renaissance. Die wichtigsten Etappen dieses Prozesses seien hier nur kurz erwähnt: Bereits im Jahr 1992 wurde

¹² Vgl. Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39-47, hier S. 45.

¹³ Vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94-113.

in Dresden das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung gegründet, an dem sich schon bald führende Vertreter der bundesdeutschen Extremismusforschung, wie etwa Uwe Backes oder Eckart Jesse tummeln sollten.

Große Bedeutung hatte auch die Bundestags-Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die in den Jahren 1992 bis 1994 tagte und im direkten Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Politik im Hinblick auf die „doppelte deutsche Diktaturgeschichte“ den Totalitarismusbegriff wieder im hegemonialen Diskurs verankerte.¹⁴

Besonders waren aber die geschichtspolitischen Kontroversen im Supergedenkjahr 1995 (also rund um den 50. Jahrestag des Kriegsendes) um die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von totalitarismustheoretischen Implikationen geprägt. Vor allem an der Vergangenheit und Zukunft der KZ-Gedenkstätte Buchenwald entzündeten sich massive Diskussionen. Diese kreisten zum einen um die Rolle der kommunistischen Funktionshäftlinge, die angeblich mit der SS paktiert und diese sogar noch an Brutalität übertroffen hätten.¹⁵ Zum anderen rückte das ehemalige sowjetische Speziallager in den Mittelpunkt, das nach der Befreiung des KZs eingerichtet worden war, um dort vermeintliche oder tatsächliche NS-Täter zu inhaftieren. Gerade im „Buchenwald-Konflikt“¹⁶ wurde die Absicht deutlich, nicht nur den DDR-Antifaschismus zu delegitimieren (wofür es durchaus Gründe gäbe), sondern generell die NS-Diktatur mit der kommunistischen Herrschaft gleichzusetzen.

3) Ein höchst umstrittenes Projekt, an dem die in der Ära Kohl zu beobachtenden Tendenzen, die NS-Vergangenheit zu nivellieren wohl am deutlichsten zum Ausdruck kam, war schließlich die Einweihung der Neuen Wache in Berlin am 14. November 1993 als zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland, in der pauschal der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht werden soll.¹⁷

Dennoch: Das während der 1980er und 1990er Jahre allseits herbeigesehnte „Vergehen der Vergangenheit“ blieb aus. Die geschichtspolitischen Vorstöße der Kohl-Regierung erreichten oftmals das Gegenteil von dem, was sie bezweckten: Es wurde nicht weniger, sondern in der

¹⁴ Vgl. Karl Heinz Roth, Der Einfluss der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik, in: ders., Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999, S. 49-117.

¹⁵ Vgl. Lutz Niethammer, Der "gesäuberte" Antifaschismus : die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

¹⁶ Vgl. Hasko Zimmer, Der Buchenwald-Konflikt. Zum Streit um Geschichte und Erinnerung im Kontext der deutschen Vereinigung. Münster 1997.

¹⁷ Vgl. Daniela Büchten/Anja Frey (Hg.), Im Irrgarten deutscher Geschichte. Die Neue Wache 1818-1993, Berlin 1993.

Regel mehr über die NS-Vergangenheit diskutiert. Trotz der Rückkehr der Totalitarismustheorie und den damit verknüpften Tendenzen zur Entkonkretisierung der Geschichte, schien die NS-Vergangenheit während der 1990er Jahre präsenter denn je zu sein. Die erste Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung löste ebenso wie Daniel Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ seit Mitte der 1990er Jahre umfangreiche Kontroversen über die Partizipation „ganz normaler Deutscher“ an den Massenverbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus aus. Zudem erschienen zahlreiche geschichtswissenschaftliche Studien, die sich jenseits funktionalistischer, erst recht jenseits platter totalitarismustheoretischer Erklärungsmuster mit Aspekten der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beschäftigten.¹⁸

Ein weitere zentrale Entwicklung, der den Bemühungen um eine „Normalisierung“ der deutschen Geschichte entgegenstand, war eine zunehmende Internationalisierung der Holocausterinnerung.¹⁹ Diese vollzog sich auf kultureller Ebene, durch eine verstärkte Medialisierung des Themas, etwa in Filmen wie „Schindlers Liste“, zeigte sich aber auch in politisch-administrativen Bereichen. So rückte mit dem Abschluss des „Zwei-plus-vier“-Vertrages, der die völkerrechtliche Grundlage der deutschen Wiedervereinigung darstellte, auch die über vier Jahrzehnte ausgeklammerte Frage nach der Entschädigung der Zwangsarbeiter – zumal in Osteuropa – ins Zentrum geschichts- und außenpolitischer Diskussionen.²⁰ Das Ende der Blockkonfrontation und die deutsche Wiedervereinigung erwiesen sich demnach für das Projekt „Normalisierung“ als durchaus ambivalent. Die oftmals grobschlächtige Geschichtspolitik der Kohl-Ära scheiterte gemessen an ihren Zielen und Ansprüchen nicht zuletzt daran, für diese Ambivalenzen zwischen Renationalisierung des deutschen Diskurses und Internationalisierung des Holocaustdiskurses keinen Weg des Umgangs gefunden zu haben.

Die rot-grüne Geschichtspolitik vollzog hier tatsächlich einen entscheidenden Paradigmenwechsel, auch wenn sich im Kern die grundlegenden Intentionen freilich nicht verändert hatten: Nach wie vor ging und geht darum, das Projekt einer „demokratisch geläuterten“, aber nach Weltgeltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Eine entscheidende Differenz ist aber, dass die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik eine andere Generation mit spezifischen Prägungen und Erfahrungen

¹⁸ Als Überblick vgl. Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: dies. (Hg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, S. 1-32.

¹⁹ Vgl. Daniel Levy/Natan Sznajder, Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust, Frankfurt/M. 2001.

²⁰ Vgl. Matthias Arning, Späte Abrechnung. Über Zwangsarbeiter, Schlussstriche und Berliner Verständigungen, Frankfurt/M. 2001; Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001, bes. S. 73-96.

repräsentieren. Kohl, wie auch die Wortführer des Historikerstreits verkörperten zum großen Teil jene so genannte Flakhelfergeneration, die zwischen 1920 und 1935 geboren, aufgewachsen in der Zeit des Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg noch aus eigenem Erleben kannten und seit den 1960er Jahren die politische Kultur der „alten“ Bundesrepublik maßgeblich mit geprägt hatten.²¹ Charakteristisch für einen Teil dieser Generation war ein massiver Antikommunismus, der die Weltbilder des Kalten Krieges weiter kultivierte und seinen Ausdruck nicht zuletzt in einer massiven Frontstellung gegen einen angeblich durch das Jahr „1968“ geprägten Zeitgeist fand.²²

Demgegenüber verstehen sich die erst am Kriegsende oder in der Nachkriegszeit geborenen Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik als Repräsentanten einer vor allem durch die Chiffre „1968“ geprägten Generation, die die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und mit der NS-Vergangenheit zum Axiom ihrer geschichtspolitischen Positionen gemacht hat. Wichtig erscheint mir dabei folgende Unterscheidung: Nicht das Bewusstsein über die präzedenzlosen Verbrechen, über Auschwitz oder über den Holocaust an sich, wird hier zum zentralen Bezugspunkt des eigenen politischen Selbstverständnisses, sondern vielmehr die selbstreferentielle Gewissheit, Auschwitz erfolgreich bewältigt zu haben. Diese Haltung zog sich während der letzten sieben Jahre durch die Ansprachen nahezu aller rot-grüner Politiker und kulminierte in den Gedenkinszenierungen rund um den 8. Mai 2005.

Ein geradezu idealtypisches Beispiel für das notorisch gute Gewissen, in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit alles richtig gemacht zu haben, lieferte nicht zuletzt Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Mai 2005. Köhler entspricht zwar nicht gerade dem Bild des klassischen „68ers“, steht diesen mental jedoch näher als den Vertretern der „Flakhelfergeneration“. Die inhaltliche Grundaussage der Rede wird schon in der Überschrift deutlich: „Begabung zur Freiheit“.²³ Auf lediglich 2 von insgesamt 11 Seiten geht Köhler auf die Zeit des Nationalsozialismus, und den Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ ein. Er verurteilt den Vernichtungskrieg in der Sowjetunion und „den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch Holocaust“, erinnert aber auch an die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges, um abschließend zu konstatieren: „Es gibt keinen Schlussstrich.“ Dann allerdings folgt auf den weiteren 9 Seiten die

²¹ Vgl. Herbert, Der Historikerstreit, S. 106; Frei, 1945 und wir, S. 23-40.

²² Vgl. Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, bes. S. 69-90.

²³ "Begabung zur Freiheit" - Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Berlin 08.05.2005.

Ausbreitung der deutschen Nachkriegsgeschichte, die als eine beispiellose „Erfolgsstory“ daherkommt: Das Wirtschaftswunder, die soziale Marktwirtschaft, die 68er-Bewegung, die jugendlichen Subkulturen in der „alten“ Bundesrepublik und in der DDR und nicht zuletzt die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit: All das habe das „Erfolgsmodell Bundesrepublik“ mit konstituiert. Köhler resümiert: *„Wir haben aber auch die Gewissheit, dass wir Deutsche den Weg zu unserer freien und demokratischen Gesellschaft aus eigener Begabung zur Freiheit gegangen sind. [...] Wir haben heute guten Grund, stolz auf unser Land zu sein. Das Erreichte ist undenkbar ohne die Lehren, die wir gezogen haben, und es ist das Ergebnis ständiger Anstrengung.“* Dieser Einschätzung konnten sich dann auch nahezu alle Zuhörer und Beobachter anschließen.

Aber nicht nur am 8. Mai 2005 im Deutschen Bundestag, sondern darüber hinaus bei einer ganzen Reihe weiterer offizieller Erinnerungsveranstaltungen während des Gedenkmarathons konnte man den Eindruck gewinnen, dass es den Vertretern des politischen Establishments in erster Linie darum ging die eigene, vermeintlich doch so erfolgreich vollzogene Vergangenheitsbewältigung öffentlich zu zelebrieren. Den noch lebenden Opfern des NS-Terrors, die wohl so zahlreich wie nie zuvor zu den Gedenkzeremonien eingeladen worden waren, kam in diesem Zusammenhang eine besondere Funktion zu: Im Rahmen der Inszenierungen, so hatte man den Eindruck, sollten sie weniger das vor 60 Jahren Geschehene, als vielmehr die Behauptung einer erfolgreichen Vergangenheitsbewältigung bezeugen.²⁴ Letztendlich kam den Zeitzeugen in vielen Fällen nur die Rolle von Statisten zu, die einen „politisch korrekten“ Ablauf der Veranstaltungen gewährleisten sollten. An einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und Erlebnissen der NS-Opfer gab es kaum ernsthaftes Interesse. Der traurige Höhepunkt dieser selbstgefälligen, aber unter dem Deckmantel des angeblich so kritischen Geschichtsbewusstseins daherkommenden Arroganz, waren zweifellos die Gedenkfeiern in Auschwitz am 27. Januar 2005: Nach dem Ende der Veranstaltung ließ man die anwesenden Überlebenden des Vernichtungslagers über Stunden in der Kälte stehen, da die Straßen für die abreisende globale Politprominenz gesperrt worden waren.

Zahlreiche Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik verstehen sich jedoch nicht nur als „68er“, sondern auch – was bisher wenig Beachtung gefunden hat – als Angehörige der so

²⁴ Vgl. SZ vom 14.01.2005.

genannten „Kriegskindergeneration“²⁵, also jener Alterskohorte, die in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges oder in der unmittelbaren Nachkriegszeit geboren wurde. Seit einigen Jahren ist nun zu beobachten, dass sich zahlreiche Personen dieser Altersgruppe, darunter nicht wenige „68er“ als „Kriegskinder“ zu identifizieren beginnen. Der Reiz dieser Selbstzuschreibungen liegt freilich auf der Hand: Ohne selbst an den Verbrechen des NS schuldig geworden zu sein, reklamieren die Kriegskinder für sich einen Opferstatus, der aus den vermeintlichen Entbehrungen, Traumatisierungen und familiären Tragödien der Kriegsendphase bzw. der unmittelbaren Nachkriegszeit resultiert. Die Akteure rot-grüner Geschichtspolitik beanspruchen somit für sich nicht selten ein doppelt gutes Gewissen: Zum einen als Angehörige der 68er-Generation am Ende der 1960er Jahre erstmals eine konsequente und kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eingefordert zu haben, zum anderen selbst Opfer des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen, in welcher Form auch immer, geworden zu sein.

Auf unterschiedlichen Ebenen ergeben sich hier fließende Übergänge und Anknüpfungspunkte zu den neuen deutschen Opferdiskursen, die um Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung kreisen. Um einige Beispiele zu nennen: In den letzten Jahren war eine wahre Flut von autobiografischen Familienromanen festzustellen, in denen sich nicht zuletzt Autoren, die politisch und kulturell gemeinhin als links bzw. linksliberal zu verorten sind, mit den Schicksalen ihrer Familien während der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Ein Teil dieser Texte ist von dem Bemühen gekennzeichnet, eine literarische Aussöhnung mit der Eltern- bzw. Großelterngeneration zu vollziehen.²⁶

Auch in geschichtspolitischen Diskursen auf unmittelbar politischer Ebene, fanden Hinweise auf bzw. das Kokkettieren mit dem eigenen familiären Schicksal während des Zweiten Weltkrieges wiederholt Eingang. Prominentester Vertreter dieser Haltung dürfte zweifellos Bundeskanzler Schröder gewesen sein, auf dessen Schreibtisch im Bundeskanzleramt sich bekanntlich ein Foto fand, das seinen Vater in Wehrmachtuniform und Stahlhelm zeigt. Im Jahr 2004 entpuppte sich sein angeblich „privater“ Besuch am Grab seines Vaters auf einem kleinen Friedhof in Rumänien, als dann doch nicht so private geschichtspolitische Inszenierung. Auch in den Reden Schröders, etwa anlässlich der Feierlichkeiten zum 60.

²⁵ Vgl. Hermann Schulz/ Hartmut Radebold/ Jürgen Reulecke Söhne ohne Väter - Erfahrungen der Kriegsgeneration, Berlin März 2004; Hartmut Radebold, Kindheiten im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Gießen 2004.

²⁶ Vgl. Harald Welzer, Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationenromane, in: Mittelweg 36, 1/2004, S. 53-64.

Jahrestag des D-Day, wird der Bezug auf den im Krieg gefallenen Vater hergestellt, wenn es ihm darum geht das grenzüberschreitende Leid des Zweiten Weltkrieges zu verdeutlichen.²⁷

Der starke Bezug auf die allgemeine „Leid“ des Krieges ist freilich über den persönlichen Hintergrund der jeweiligen Akteure hinaus, ein wichtiger Baustein in rot-grünen geschichtspolitischen Diskursen, für die die Begriffe „Europäisierung“ und „Anthropologisierung“ der Erinnerung zentrale Kategorien darstellen. Die bereits erwähnten Tendenzen zu einer „Europäisierung“ der Shoa-Erinnerung seit den 1990er Jahren kamen dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. „Auschwitz“ ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundieren. Der Holocaust würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als *eine* Geschichte kollektiv erfahrenen Leids interpretiert.²⁸ Die sich daran knüpfenden Folgen für die künftigen Formen der Erinnerung an die Shoa liegen auf der Hand und sind schon jetzt zu beobachten: Zum einen bedeutet eine „Europäisierung“ der Shoa unter den genannten Vorzeichen, das historische Geschehen vollkommen zu entkontextualisieren und somit die Präzedenzlosigkeit des Verbrechens zu relativieren. Zum anderen bieten die Versuche, eine gemeinsame europäische Identität auf Grundlage kollektiver Leidenserfahrungen zu konstruieren, Resonanzen für die neuen deutschen Opferdiskurse um Bombenkrieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung. Im Kontext dieser „Anthropologisierung des Leidens“ vollzieht sich somit, trotz oder gerade aufgrund der von deutscher Seite bemühten europäischen Rhetorik eine Re-Nationalisierung deutscher Erinnerungsdiskurse.

Dass in diesem Prozess Geschichts- und Außenpolitik eng miteinander verkoppelt sind, liegt auf der Hand und braucht an dieser Stelle nicht näher ausgeführt zu werden. Diese Verbindung zeigte sich erstmals im Frühjahr 1999, als es darum ging, den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites „Auschwitz“. Aber auch während des Gedenkmarathons der letzten zwei Jahre war das Ineinandergreifen von Geschichts- und Außenpolitik unübersehbar. Während Schröder in seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Day im Juni 2004 in der Normandie erklärte, Deutschland habe „seine Lektion“ gelernt, verschärfte

²⁷ Gerhard Schröder: Rede bei den deutsch-französischen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des D-Day in Caen am 6. Juni 2004

²⁸ „Anthropologisierung des Leidens“, Interview mit Dan Diner, in: Phase 2, Nr. 9 (2003).

Außenminister Fischer die deutsche Forderung nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Eine Arbeitsteilung, die sich auch in diesem Jahr fortsetzte.

Bilanziert man rückblickend die rot-grünen geschichtspolitischen Inszenierungen und Interventionen, so fällt auf mit welcher Zielstrebigkeit die Regierung Schröder in diesem Kontext während der letzten Jahre agierte. Eine Zielstrebigkeit, die in der Ära Kohl in dieser Form nicht denkbar gewesen war. Die bereits erwähnte zweifache generationelle Selbstverortung als „Kriegskinder“ wie als „68er“ scheinen mir hierfür mit entscheidend zu sein. Die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik postulierten nicht die „Gnade der späten Geburt“, wie das noch Kohl getan hatte, sie nahmen sie wie selbstverständlich für sich in Anspruch. Als ein Beispiel hierfür kann zweifellos die Eröffnung der „Friedrich-Christian-Flick-Collection“ im September 2004 in Berlin dienen. Gerhard Schröder ließ es sich trotz der u.a. von Salomon Korn eindringlich vorgetragenen Kritik nicht nehmen, die Ausstellung persönlich zu eröffnen. In seiner Eröffnungsrede setzte sich der Bundeskanzler über die im Vorfeld laut gewordenen Proteste hinweg und nahm diese sogar vereinnahmend auf, in dem er behauptete: „Die öffentliche Debatte, die um die Ausstellung und ihren Sammler entbrannt ist, ist produktiv – jedenfalls gelegentlich – und auch lehrreich – nicht immer. Sie verhindert genau das, was manche Gegner befürchten. Nichts wird totgeschwiegen oder in die Geschichtsbücher verbannt.“²⁹

III. Die Zukunft des Gedenkens

Zu fragen bleibt, in welche Richtung sich die Geschichts- und Erinnerungspolitiken in Deutschland künftig entwickeln werden. Den großen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch, so meine These, nach 60 Jahren nicht geben. Dem steht nicht zuletzt die wie auch immer zu bewertende Internationalisierung der Holocaust-Erinnerung entgegen, die als Referenzpunkt kaum zu ignorieren sein wird. Wohl aber markierte das Supergedenkjahr eine einschneidende Zäsur.

Schon bald könnten sich hier tief greifende Veränderungen ergeben, wobei im Moment noch offen ist, in welchem Maße und mit welcher Stringenz sich die schwarz-rote Geschichtspolitik positionieren wird. An der grundsätzlicher Orientierung an außen- und machtpolitischen Ambitionen dürfte sich allerdings wenig ändern. Die schon jetzt zu beobachtenden

²⁹ Gerhard Schröder, Rede zur Eröffnung der Friedrich Christian Flick Collection am 21. September 2004.

Tendenzen, etwa im Bereich der staatlichen Gedenkstättenförderung, die Unterschiede zwischen den „beiden Diktaturen auf deutschem Boden“ hinsichtlich ihrer historischen Bedeutung zu nivellieren, werden sich jedoch unter konservativer Hegemonie rapide beschleunigen. Die künftige offizielle Erinnerungspolitik dürfte gekennzeichnet sein durch eine Entdifferenzierung, eine Entkonkretisierung, eine Entkontextualisierung und schließlich eine Renationalisierung des Gedenkens unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen – und das womöglich in einem Ausmaß, wie wir es bislang noch nicht kannten. Dabei wird es, so denke ich weniger zu geschichtspolitischen Vorstößen kommen, die NS-Zeit neu zu bewerten oder die Verbrechen des NS „aktiv“ zu relativieren. Vielmehr werden die geschichtspolitischen Diskurse der nächsten Zeit vor allem von Bewertungs- bzw. Neubewertungsversuchen der DDR-Geschichte geprägt sein. Als Stichworte seien hier genannt, die aktuellen Kontroversen über den in den kürzlich veröffentlichten (sehr differenzierten) Bericht der „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘“³⁰, die breite Empörung über die vermeintlich oder tatsächlich fortexistierenden Stasi-Seilschaften bzw. das öffentliche Auftreten ehemaliger Stasi-Offiziere sowie die Beachtung, die der Film „Das Leben der anderen“ fand. Zudem sind im Moment noch diffuse, von unterschiedlichen Akteuren getragene Bemühungen zu erkennen, eine neue identitätsstiftende historische „deutsche“ Meistererzählung zu konstruieren.

Der im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag am 17. Juni 2004 eingebrachte Antrag von Günter Nooke zur „*Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland*“, der „*ein würdiges Gedenken an alle Opfer der beiden deutschen Diktaturen*“³¹ ermöglichen soll, lässt erkennen, wohin die Entwicklung gehen wird. Deshalb möchte ich im Folgenden etwas näher darauf eingehen. Grundlage des Antrags ist das im Februar 2003 vom Sächsischen Landtag verabschiedete „*Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft*“. Der Stiftung angeschlossen sind fünf sächsische Gedenkstätten mit so genannter „doppelter Vergangenheit“. Gedacht werden soll gleichermaßen der Opfer des NS-Regimes und der Opfer der SED-Herrschaft. Bemerkenswert ist, dass in dem Stiftungsgesetz das Wort Nationalsozialismus an keiner Stelle auftaucht. Stattdessen ist immer nur pauschal von „Diktaturen“ und „politischen Gewaltverbrechen“ die Rede, wobei selbst der Bezug auf Deutschland fehlt. In der Praxis scheint der Freistaat wenig Interesse daran zu haben, NS-

³⁰ Vgl. Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, 15. 05.2006.

³¹ Vgl. Fußnote Nr. 6.

Opferverbände in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Erinnerungspolitik soll somit ausschließlich zu einem von oben dekretierten, vor allem bürokratisch geregelten Akt werden. Die arrogante Haltung der Staatsregierung führte im Januar 2004 schließlich zum Eklat. Nachdem weder das Kultusministerium noch der Sächsische Ministerpräsident auf die Bedenken des Zentralrats der Juden reagierte, der zu Recht darauf hinwies, dass mit dem Gedenkstättenkonzept werde eine „*Waagschalenmentalität*“ institutionalisiert, die faktisch eine Nivellierung der unterschiedlichen Diktaturen bedeute, kündigten der Zentralrat und sämtliche andere NS-Opferverbände die Zusammenarbeit mit der Stiftung auf.³²

Der so genannte Nooke-Antrag der CDU/CSU, der erstmals am 9.11.2003 bzw. am 30.1.2004 in den Bundestag eingebracht werden sollte, griff das Sächsische Stiftungsgesetz explizit auf, erfuhr aber einige Änderungen, nachdem es in Sachsen zum Eklat gekommen war. Im hektisch nachgebesserten Nooke-Antrag wurde nun die Singularität von Auschwitz betont (der Verweis auf Auschwitz war im ursprünglichen Antrag überhaupt nicht enthalten gewesen). Allerdings ist deutlich zu erkennen, dass dieses Bekenntnis nachträglich eingefügt wurde. Davon abgesehen ist der Antrag durchzogen von platten totalitarismustheoretischen Analogien zwischen NS- und DDR-Regime. So ist ständig von den beiden „totalitären Diktaturen“ die Rede, ohne dabei substantielle Differenzierungen vorzunehmen. Ebenso wird pauschal von den „*Opfern beider Diktaturen*“ gesprochen, als würde es sich immer um die jeweils gleichen Opfer handeln.³³ Die Erkenntnisse und grundsätzlich das Erkenntnisinteresse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich auch über die Präzedenzlosigkeit des Holocaust, werden, so steht zu befürchten, im Gerede von der „doppelten Diktatur“ zweifellos verloren gehen. Und dieser Punkt, so ist zu betonen, hebt sich substantiell von der Erinnerungspolitik rot-grüner Prägung ab. Zwar enthielten die rot-grünen Geschichtsdiskurse auch unverkennbare Tendenzen zur Anthropologisierung und somit der Entkonkretisierung der Erinnerung an Auschwitz, dennoch blieb Auschwitz und der Holocaust zentrales und unveräußerliches Axiom der Erinnerung.

³²Vgl. Zentralrat der Juden legt Mitarbeit in der Stiftung nieder Pressemitteilung des Zentralrates der Juden in Deutschland vom 21.01.2004.

³³ Kritisch zum „Nooke-Antrag“: Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Stellungnahme zum Antrag von Abgeordneten der CDU/CSU zur "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland - Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen", 04.06.2004.

Darüber hinaus leistet der Antrag aber auch einer Renationalisierung des Gedenkens Vorschub. In die vom Bund geförderte Erinnerungspolitik sollen auch Gedenkstätten für die deutschen Opfer des Luftkrieges und die Opfer der Vertreibungen mit eingeschlossen werden. Ebenso soll der friedlichen Revolution des Jahres 1989 gedacht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt künftiger deutscher Erinnerungspolitik, spiegelt sich in den Tendenzen wieder, den deutschen Opferkult stärker als bisher staatlich zu subventionieren. Dies zeigte sich auch im Wahlprogramm von CDU/CSU anlässlich der Bundestagswahl im September 2005. Die Union erklärte an dieser Stelle, die vom BdV initiierte Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin fördern zu wollen. Eine Zusage, die Angela Merkel im Sommer 2005, trotz aller Kritik aus dem In- und Ausland, am „Tag der Heimat“ des BdV explizit bestätigte.³⁴

Jedoch: Über einen geschichtspolitischen Masterplan scheint die große Koalition nicht zu verfügen. Geschichts- und Vergangenheitspolitik scheint nicht das bevorzugte Feld von Bundeskanzlerin Merkel zu sein. Auch sonst finden sich in der Regierung kaum VertreterInnen, die bislang geschichtspolitische Akzente gesetzt haben. Der „Nooke-Antrag“ liegt weiterhin auf Eis. Nooke, der bei der Bundestagswahl den Einzug ins Parlament verpasste, fungiert mittlerweile nicht mehr als kulturpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Es sind im Moment vielmehr einzelne Vorstöße, die in die von mir beschriebene Richtung deuten: Jüngstes Beispiel sind die Äußerungen von Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm anlässlich der Feierstunde zum 61. Jahrestag der Befreiung des KZ Sachsenhausen vor einigen Wochen. In seiner Ansprache forderte Schönbohm der Opfer des auf dem Gelände des KZs eingerichteten sowjetischen Speziallagers gleichermaßen, ja sogar „*umso nachdrücklicher*“ zu gedenken.³⁵ Die faktische Gleichsetzung des NS-KZs mit dem sowjetischen Speziallager, in dem neben zahllosen in der Tat Unschuldigen auch etliche vormalig hochrangige NS-Schergen inhaftiert waren, entspricht ganz dem Geiste des totalitarismustheoretisch inspirierten „Nooke-Antrags“.

Begleitet werden diese politischen Initiativen durch publizistische Vorstöße, in denen das Leid der Deutschen in den Mittelpunkt rückt. Anders als etwa im Kontext des Historikerstreits 1986/1987 handelt es sich bei diesen Autoren weniger um etablierte Vertreter des akademischen Wissenschaftsbetriebs. Ebenso wenig können sie von vornherein als Vertreter eines „neurechten“ Projektes identifiziert werden, wie dies bei Rainer Zitelmann u.a.

³⁴ Vgl. taz vom 08.08.2005.

³⁵ Vgl. www.netzzeitung.de [23.04.2006]

Anfang/Mitte der 1990er Jahre der Fall war.³⁶ Vielmehr lassen sich die Autoren im weitesten Sinne im etablierten medialen bzw. kulturellen Spektrum verorten. Exemplarisch möchte ich hier zwei von ihnen näher vorstellen:

Der erste ist Hubertus Knabe, Historiker und Leiter der Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, die er unverblümt als das „*Dachau des Kommunismus*“³⁷ bezeichnet. In diversen Publikationen widmete er sich der angeblichen Unterwanderung bzw. Steuerung westdeutscher Medien durch den MfS. Im Rahmen der Diskussion des Nooke-Antrags im zuständigen Bundestagsausschuss für Kultur und Medien im Februar 2005 trat er als einer der Sachverständigen auf. Für Aufsehen sorgte sein im vergangene Jahr im Propyläen-Verlag erschienenenes Buch „*Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*“.³⁸ Knabe schildert hier minutiös und in drastischer Form die von der Roten Armee und der sowjetischen Besatzungsmacht begangenen Übergriffe auf die deutsche Bevölkerung Ostdeutschlands und kommt zu dem Schluss, dass von einer „Befreiung“ nicht gesprochen werden könne, da die nationalsozialistische Diktatur nahtlos in eine kommunistische übergegangen sei. Indem er einen vorwiegend anthropologisierenden Blick wählt, hält sich Knabe mit Ursachen und Kausalitäten kaum auf. Somit kommt er auch zu einer generalisierenden Aussage: Der Zweite Weltkrieg sei das Resultat zweier gleichermaßen totalitärer Regime gewesen. Die präzedenzlosen Dimensionen der deutschen Vernichtungs- und Eroberungskriege schwimmen zwangsläufig in dieser Sichtweise.

Noch ein Stück weiter geht der ehemalige linke Journalist Jörg Friedrich – Autor des Bestellers „*Der Brand*“.³⁹ In einer Rezension für den Deutschlandfunk lobte Friedrich das Buch von Hubertus Knabe in den höchsten Tönen, betonte aber, dass massenhaftes Töten während des Zweiten Weltkrieges nicht nur ein Spezifikum der totalitären Regime gewesen sei, sondern auch ein Merkmal der westalliierten Kriegführung. Dieser Interpretation zufolge, die sich schon durch Friedrichs Buch „*Der Brand*“ zieht und die er in verschiedenen Diskussionsbeiträgen weiter zuspitzte, erscheint der Vernichtungskrieg als allgemeines Phänomen der Moderne.⁴⁰ In dieser Sichtweise erübrigen sich erst recht die Fragen nach Ursachen, Kausalitäten und unterschiedlichen Dimensionen der Gewalt. Die deutschen Verbrechen werden zwar nicht geleugnet sie werden jedoch eingebettet in eine Vielzahl

³⁶ Vgl. Michael Schneider, „Volkspädagogik“ von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewusste Nation“, in: Archiv für Sozialgeschichte XXXV (1995), S. 532-581.

³⁷ Vgl. Berliner Zeitung vom 01.12.2000.

³⁸ Vgl. Hubertus Knabe, *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*, Berlin 2005.

³⁹ Vgl. Fußnote Nr. 5.

⁴⁰ Vgl. Jörg Friedrich, Rezension zu Hubertus Knabe, *Tag der Befreiung?*, Deutschlandradio kultur vom 08.04.2005.

anderer Ereignisse und Gewaltakte und somit voneinander ununterscheidbar. Auch hier wird eine Verschärfung gegenüber dem rot-grünen Geschichtsdiskurs deutlich: Dieser hatte zwar ebenfalls die Tendenz, unterschiedliche Gewalterfahrungen zu einer kollektiven Leiderfahrung zu bündeln, dabei fehlte aber nie der Hinweis auf die deutsche Urheberschaft von Gewalt und Verbrechen.

Im Kern zielen die Vorstöße vor allem von Knabe und Friedrich auf das gleiche geschichtspolitische Ziel, das auch Nolte während des Historikerstreits verfolgte: Die Einbettung des Nationalsozialismus als eine Episode bzw. als ein Resultat eines von totalitären Ideologien geprägten „europäischen Bürgerkrieges“. Mit ihren anthropologisierenden und damit auch stärker emotionalisierenden Erzählmustern erweisen sich die beiden – das zeigen nicht zuletzt die enorm hohen Auflagenzahlen ihrer Bücher – im Vergleich zu Nolte, der eher abstrakt-philosophisch (und somit nicht unbedingt massenkompatibel) argumentierte, als wesentlich wirkungsmächtiger. Hier wird auch ein weiterer Aspekt deutlich, auf den wir uns künftig einzustellen haben. Geschichtsrevisionistische Vorstöße finden ihr Forum nicht mehr nur wie noch während des Historikerstreits in den Feuilletons der großen Tageszeitungen, die in der Regel nur von bestimmten Teilen der Bevölkerung gelesen werden. Auch neurechte Blätter, wie etwa die Junge Freiheit treten zumindest im Moment nicht als geschichtsrevisionistische Trendsetter in Erscheinung. Deutsche Opferdiskurse kommen vielmehr massenkompatibel in Form von Fernsehdokumentationen über Flucht und Vertreibung oder über den Bombenkrieg daher.⁴¹ Als Stichwort sei hier das ZDF-Dokudrama „Dresden“ genannt, das im Januar 2006 gesendet wurde. Neu scheint mir für dieses Spektrum, das nicht der aktivistischen extremen Rechten zu zuordnen ist, zudem zu sein, auf dem Weg medienwirksamer Skandalisierungen, den Versuch zu unternehmen, bestimmte Themen im öffentlichen Diskurs zu verankern.

IV. Was tun? – Die Linke nach dem 8. Mai

Der 8. Mai 2005 löste wie auch in den anderen politischen Spektren in der Linken keine größeren Kontroversen oder Interventionen aus. Diese Feststellung muss nicht unbedingt negativ sein.

⁴¹ Wulf Kantsteiner: Die Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses im Zeitalter seiner kommerziellen Reproduktion: Hitler und das „Dritte Reich“ in den Fernsehdokumentationen von Guido Knopp, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 626-648.

Die Linke erwies sich als wahrnehmbar in Dresden (antideutsch) und Berlin (Verhinderung Naziaufmarsch)

So unterschiedlich die Ansätze auch waren: in beiden Fällen zielte die Linke vor allem auf mediale Präsenz: Sei es durch offene Provokation (Dresden), sei es durch den Versuch im Zusammenhang mit dem Medienhype rund um den 8. Mai in Berlin wahrgenommen zu werden. Eine Auseinandersetzung, über die Frage, wie 60 Jahre nach Kriegsende die Linke die Erinnerung an die Verbrechen und die Opfer des NS wach halten soll, wurde bei beiden Anlässen nicht geführt. Im antideutschen Spektrum wurde die These vertreten, Erinnerungspolitik diene vor allem der Legitimierung der deutschen „Zivilgesellschaft“ und des Projektes neuer deutscher Großmachtambitionen. Im Rahmen der Mobilisierung zum 8. Mai in Berlin konzentrierte man sich im Wesentlichen auf taktische Fragen, wie der Naziaufmarsch am besten zu verhindern sei und schielte auf mediale Präsenz. Auch hier waren keine Antworten auf die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit zu erwarten.

Insofern halte ich es auch in Zukunft nicht für sinnvoll im Kontext von Erinnerungspolitik sich überwiegend an spektakulären Kampagnen abzuarbeiten. Ebenso wenig kann es darum gehen, neue linke Meistererzählungen zu konstruieren. Beides muss zwangsläufig auf Mythenbildung und Abstraktionen herauslaufen. Interessanter und somit auch zukunftsweisender fand ich rund um den 8. Mai 2005 zahlreiche kleinere meist eher unspektakuläre Initiativen, die auf lokaler und regionaler Ebene versuchten den Gedenkmarsch inhaltlich zu füllen. Genau dies wird in Zukunft notwendiger denn je sein. Der sich vollziehende „erinnerungspolitische Gezeitenwechsel“ ist vor allem durch das Ende der Zeitzeugenschaft gekennzeichnet. Das kommunikative Gedächtnis geht über in ein rein kulturelles Gedächtnis. Dieser Wechsel ist derzeit mit den von mir beschriebenen Tendenzen zur Entkonkretisierung und Entkontextualisierung der Vergangenheit verknüpft, der sich auf der großen politischen wie auf der lokalen Ebene vollzieht.

Die Linke muss sich daher bemühen, die lokalen und regionalen Bezüge des Gedenkens stärker zu machen. Im Mittelpunkt antifaschistischer Erinnerungspraktiken müssen die Opfer des NS stehen. Deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen gilt es wach zu halten und diese gegen jeden Versuch der Entkonkretisierung zu verteidigen. Dies bedeutet nicht, die Opfer des NS zu ikonisieren, vielmehr gilt es sie als historische Akteure. Die Konzentration auf die Opfer des NS bedeutet keineswegs die Auseinandersetzung mit den Tätern und der Tätergesellschaft hinten anzustellen; ganz im Gegenteil. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wird dadurch konkreter. Die Auseinandersetzung gewinnt dadurch wieder an Anstößigkeit. Das Wachhalten von Erinnerungskulturen verlangt Beharrlichkeit und

Ausdauer. Es ist zunächst im Grunde unspektakuläres wenig revolutionäres Handeln. Die Frage, was bringt das für die Linke oder eine linke Praxis ist in der Tat zunächst zweitrangig. Dennoch kann die Auseinandersetzung mit dem NS vor Ort weiterhin gesellschaftskritische und provozierende Wirkung entfalten. Beispiele hierfür gibt es genug: Zu nennen wären etwa die Diskussionen über die Einrichtung eines Geschichtsortes auf dem Topf&Söhne-Gelände in Erfurt. Zu nennen sind aber auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Deutschen Bahn, die sich mit fadenscheinigen Argumenten bislang weigert eine Ausstellung über das Schicksal von 11.000 in die Vernichtungslager deportierten jüdischen Kindern aus Frankreich in deutschen Bahnhöfen zu zeigen. Die NS-Zeit ist somit keineswegs „aufgearbeitet“ oder gar „bewältigt“. Der nahe Blick auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, auf die direkten Täter, die Opfer, aber auch auf die Zuschauer, die das NS-Regime auf vielfache Weise mit trugen und stützten hat auch 60 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reichs“ nichts von seiner Anstößigkeit verloren: Man muss den Blick lediglich wagen.